

"Das Land springt viel zu kurz"

Kritik: Die Grünen halten das Notfallwesen für unausgereift. Von Thomas Breining

Am Mittwoch soll der Landtag das Rettungsdienstgesetz novellieren. Für alle sichtbar wird das werden, wenn nur noch die 112 als Notrufnummer genutzt werden darf. In wenigen Kreisen fahren noch Einsatzfahrzeuge herum, die auf die 19 222 verweisen, die freilich ausgedient hat. Für die Einsatzhelfer bedeutend ist, dass künftig eine integrierte Leitstelle Pflicht wird. In vielen Kreisen haben sich Feuerwehrleute und Sanitäter zusammengetan, um von einer gemeinsamen Einsatzzentrale aus Rettungsdienst oder Feuerwehr zu alarmieren. Das gilt noch nicht überall, wird aber nicht mehr lange so sein.

In Zukunft wird erwartet, dass die Krankenhäuser auf dem Land kleiner werden. Das birgt die Gefahr, dass es nicht mehr genug Notärzte geben könnte. Das will das Land verhindern, indem es die Krankenhausträger verpflichtet, Notärzte zu stellen. Die dafür und durch die Fortbildung der Mediziner entstehenden Kosten drückt es den Krankenkassen auf.

So weit, so gut, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Bärbl Mielich. Fortschritte bringe das Rettungsdienstgesetz schon. Unterm Strich betrachtet überwiegt aber die Kritik: "Die Landesregierung springt zu kurz." Sie traue sich nicht, die grundlegend reformbedürftige Struktur des Rettungswesens anzutasten. Diese beruht auf 37 räumlichen Einheiten, in denen sogenannte Bereichsausschüsse die Maßgaben für den Rettungsdienst festlegen. In den Ausschüssen sitzen sieben Vertreter von Krankenkassen, die zahlen, und sieben Vertreter von Organisationen, welche die Leistungen erbringen.

Überwiegend erledigen im Land die Kreisverbände des DRK die Notfallrettung. Nicht selten sind Landräte oder andere politische Würdenträger die DRK-Kreisvorsitzenden vor Ort. Das weckt bei den Grünen Misstrauen, da käme zu viel Filz und Regionalinteresse auf als kreisübergreifender Effizienzinn. Der Südwesten, sagt Mielich, sei das einzige Land mit einem derart kleinräumigen Rettungswesen. Dessen Privatisierung an Organisationen und Kassen mache es zwar billig, andererseits finde aber keine Qualitätskontrolle statt.

In dem Punkt werden die Grünen von Praktikern des Rettungsdienstes unterstützt. Joachim Pfefferkorn, Notarzt und im Forum Notfallrettung Stuttgart engagiert, sagt, der medizinische Fortschritt komme bei der Notfallrettung im Südwesten langsamer voran, "weil hier immer von der ökonomischen Seite her argumentiert wird". Eine unabhängige Instanz zur Beurteilung von Ausbildung der Helfer, des technischen Standards der Hilfsmittel oder der Effizienz der Organisation "existiert nicht". Die Betreiber kontrollierten sich bestenfalls selbst. Für Joachim Spohn von der Bürgerinitiative Rettungsdienst in Leinfelden-Echterdingen ist das bulgarische Rettungswesen technisch weiterentwickelt als das baden-württembergische. Würde die Zahl der Leitstellen von 37 auf acht verringert, hätten sich Synergien heben lassen, ohne Abstriche bei der Medizin machen zu müssen. Diese Chance habe das Land mit dem neuen Gesetz aber vertan.